

Warneke, Matthias

Research Report

Pläne für Vermögensabgaben aufgeben

KBI kompakt, No. 18

Provided in Cooperation with:

DSi - Deutsches Steuerzahlerinstitut des Bundes der Steuerzahler e.V., Berlin

Suggested Citation: Warneke, Matthias (2013) : Pläne für Vermögensabgaben aufgeben, KBI kompakt, No. 18, Karl-Bräuer-Institut des Bundes der Steuerzahler (KBI), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/70245>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Pläne für Vermögensabgaben aufgeben

von Matthias Warneke

Neben Vorstößen zur Reaktivierung der Vermögensteuer werden derzeit verschiedene Modelle für einmalige Vermögensabgaben politisch diskutiert. Entsprechende Forderungen haben z. B. der DGB, DIE LINKE sowie das Bündnis „Umfairteilen“ erhoben.

Das konkreteste Konzept hat die Bundestagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vorgelegt. Sie will zehn Jahre lang privates Nettovermögen in Form von Geld, Immobilien und Betriebsvermögen etc. mit einer jährlichen Abgabe in Höhe von 1,5 Prozent des Vermögenswerts belegen. Vorgesehen sind dabei Freibeträge von 1 Mio. Euro (pro Erwachsener im Haushalt), 0,25 Mio. Euro (pro Kind im Haushalt), 0,38 Mio. Euro (persönliches Altersvorsorgevermögen) sowie 5 Mio. Euro (persönliches Betriebsvermögen). Das Aufkommen dieser Vermögensabgabe wird auf 100 Mrd. Euro über die gesamte Laufzeit von 10 Jahren geschätzt. Der entsprechende „Entwurf eines Gesetzes zur Erhebung einer Vermögensabgabe“ (Bundestags-Drucksache 17/10770) ist nach einer ersten parlamentarischen Beratung im September 2012 zur weiteren Beratung in die zuständigen Fachausschüsse des Deutschen Bundestages überwiesen worden.

Eine Vermögensabgabe ist aus den gleichen Gründen abzulehnen, die auch gegen eine Vermögensteuer sprechen und die bereits im KBI kompakt Nr. 12 dargelegt wurden. Gerade die Gefahren einer Überwälzung von Vermögensabgaben auf Konsumenten, Arbeitnehmer und Mieter sind beachtlich. Zudem sind folgende verfassungsrechtliche, volkswirtschaftliche und verfahrenstechnische Aspekte zusätzlich zu berücksichtigen:

1. Zwangsanleihen sind verfassungswidrig

In der Diskussion über Vermögensabgaben werden teilweise – etwa vom DGB – auch Zwangsanleihen ins Spiel gebracht. Im Gegensatz zu Vermögensabgaben i. e. S. würden dabei die zur Anleihezeichnung verpflichteten Bürger nur zeitweise auf Geld verzichten müssen. Je nach Variante könnten sie später mit gewissen Zins- und Rückzahlungen rechnen. Zwangsanleihen sind jedoch hierzulande verfassungswidrig. Das ergibt sich z. B. aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 06.11.1984, welches das von der seinerzeitigen Bundesregierung geplante Investitionshilfegesetz als mit dem Grundgesetz unvereinbar bewertete. Dieses Gesetz hätte einkommensstarke Bürger mit einer unverzinslichen, rückzahlbaren Abgabe zugunsten der Wohnungsbauförderung belastet.

Das Gericht stellte u. a. klar, dass derartige Sonderabgaben voraussetzen würden, dass die Abgabepflichtigen eine gruppenspezifische Sachnähe zum Erhebungszweck und eine besondere Verantwortung für die Erhebungszielerreichung haben. Zudem müsse das Abgabeaufkommen „gruppennützlich“ verwendet werden.

In der aktuellen Diskussion wäre es verfehlt, vermögenden Bürgern eine besondere Verant-

wortung für die Verursachung der aktuellen Krise bzw. einen gruppenspezifischen Nutzen aus einem etwaigen Staatsschuldenabbau zuschreiben zu wollen.

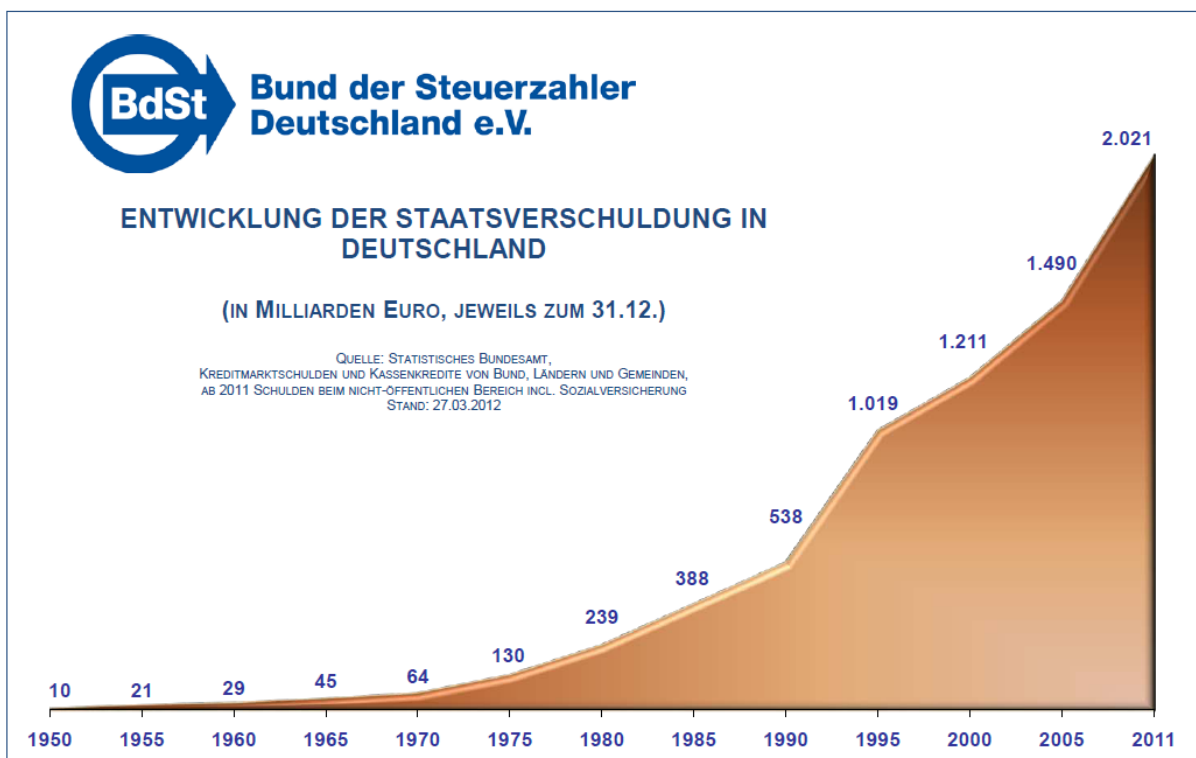
Zum einen sind politisch geförderte Fehlinvestitionen (insbesondere im Bausektor Irlands, Spaniens und der USA), massiver Staatskonsum auf Pump (insbesondere Griechenland) und unterlassene Wirtschaftsreformen die Kernursachen der Staatsschuldenkrise.

Zum anderen nutzt eine gedrosselte Staatsverschuldung letztlich allen Bürgern und nicht den Vermögenden in besonderer Weise. Wenn stattdessen die Verschuldung ausufert und der Staat dann aufgrund übermäßiger Kreditzinsen seine Leistungen – etwa im Sozialbereich – begrenzen muss, trifft das vor allem sozial schwache Bürger.

2. Kein außerordentlicher Finanzbedarf

Im Gegensatz zu Zwangsanleihen wird eine konventionelle Vermögensabgabe von ihren Befürwortern als verfassungskonform bewertet. Der Bund könne dieses Instrument nutzen, um einen außerordentlichen Finanzbedarf zu decken. Dies gelte jedoch nur in Bezug auf die Staatsverschuldung und gegebenenfalls die „Energiewende“. So resümiert z. B. Prof. Wieland in seinem Rechtsgutachten für die Gewerkschaft ver.di: „Die Finanzkrise und die angestrebte Reduzierung des Schuldenstandes, der als Folge der Bankenrettung und der Finanzkrise zuletzt sprunghaft angestiegen ist, sind eine hinreichende Begründung für die Einführung einer einmaligen Vermögensabgabe.“

Diese Argumentation ist weder empirisch noch verfassungsrechtlich überzeugend. Ein Blick auf die Statistik zeigt, dass die deutsche Staatsverschuldung in den vergangenen Jahren kontinuierlich mehr oder weniger stark angestiegen ist:



In den kommenden Jahren werden sich die Folgen der Finanzkrise sicherlich weiterhin im Schuldenstand niederschlagen. Aber auch hier ist zu erwarten, dass sich die fälligen Haftungs-

summen, die über zusätzliche Kredite finanziert werden, über die Zeit strecken, also keine massiven Schuldensprünge auftreten werden.

Verfassungsrechtlich wiederum ist der Spielraum der gemäß Grundgesetz Artikel 106 Absatz 1 Nummer 5 prinzipiell zulässigen „einmaligen“ Vermögensabgabe gering. Hier muss eine historisch einzigartige Situation mit einmaligen Finanzlasten vorliegen. Im konkreten Fall des Gesetzentwurfs der Bundestagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN würde der Deutsche Bundestag darlegen müssen, „dass die Finanz- und Bankenkrise diese Vorgaben erfüllt. [...] Die bisherige Begründung genügt dieser Darlegungspflicht nicht.“¹.

3. Vergleich mit „Lastenausgleich“ unverhältnismäßig

Die Befürworter der Abgabe nennen als historisches Vorbild den deutschen „Lastenausgleich“ nach dem Zweiten Weltkrieg. Dieser Vergleich erscheint unverhältnismäßig. Der deutsche Staat steht nicht am Rande der Insolvenz. Im Gegenteil, er kann derzeit problemlos zu Niedrigzinssätzen Kredite aufnehmen. Die Rückkehr zu soliden Staatsfinanzen erscheint hierzu-lande durch einen konsequenten Konsolidierungskurs über die Ausgabenseite möglich.

4. Anstieg der Vermögensungleichheit nicht überbewerten

Zur Legitimation einer Vermögensabgabe wird gern auf gewachsene Vermögensungleichheiten verwiesen. Zitiert werden dann zumeist Datenerhebungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), wonach in Deutschland das reichste Zehntel der Bevölkerung im Jahr 2007 rund 61,1 Prozent des Gesamtvermögens besaß, während dieser Wert im Jahr 2002 nur bei 57,9 Prozent lag. Der Gini-Koeffizient, der Vermögensungleichheiten zwischen Null (gleiches Vermögen aller) und 1 (maximale Ungleichverteilung) statistisch darstellt, stieg im gleichen Zeitraum von fast 0,78 auf fast 0,80.

Es ist allerdings zu bedenken, dass Deutschland mit einem Gini-Koeffizienten von 0,8 im internationalen Vergleich im Mittelfeld liegt. Beispielsweise ist in Italien die Vermögensungleichheit gemäß dem Gini-Ansatz mit 0,61 geringer, in Schweden mit 0,89 höher. Aus dem internationalen Vergleich lässt sich also kein Handlungsbedarf für die deutsche Politik ableiten.

Der leichte Anstieg der Ungleichheit von 2002 bis 2007 ist anhand der DIW-Daten erklärbar. Daraus geht nämlich hervor, dass das Nettovermögen der Deutschen ganz überwiegend in Immobilien steckt. Wenn deren Werte sich unterschiedlich entwickeln, ist eine steigende Vermögensungleichheit nicht verwunderlich. Und tatsächlich sind in der Vergangenheit die Immobilienwerte insbesondere in Ostdeutschland gefallen, während sie vor allem in Ballungsräumen im alten Bundesgebiet gestiegen sind. Dadurch ist ein Großteil der leicht gestiegenen Vermögensungleichheit bedingt. Dies beruht aber letztlich auf Marktprozessen, aus denen kein zusätzlicher Umverteilungsbedarf abzuleiten ist.

5. Massive Umverteilung bereits durch die Einkommensteuer

In der Verteilungsdiskussion wird oft ausgeblendet, welche massive Umverteilungswirkung der derzeitige linear-progressive Einkommensteuertarif ohnehin bereits entfaltet. Ein Ver-

¹ Kirchhof, G. (2011), S. 202.

gleich des geltenden Steuersystems mit einem hypothetischen Einheitstarif ist hierfür nützlich. Danach würde bei einem einheitlichen Steuersatz von 21 Prozent das gleiche Einkommensteueraufkommen wie derzeit – jedoch in einer verteilungsneutralen Weise – generiert. Knapp ein Fünftel der Steuerpflichtigen, deren Durchschnittsteuersatz im derzeitigen System über 21 Prozent liegt, würde von solch einem Einheitssatz profitieren. Diese Gruppe mit den sogenannten „starken Schultern“ müsste dann insgesamt rund 42 Mrd. Euro weniger an Einkommensteuer p. a. aufbringen. Spiegelbildlich würde ein Einheitssatz von 21 Prozent jene rund vier Fünftel der Steuerzahler belasten, deren Durchschnittsteuersatz im derzeitigen System unter 21 Prozent liegt. Sie müssten in solch einem verteilungsneutralen Einkommensteuersystem insgesamt rund 42 Mrd. Euro mehr aufbringen. Im Vergleich zu einem Einheitssatz von 21 Prozent verteilt der derzeitige Einkommensteuertarif also rund 42 Mrd. Euro von den oberen 20 Prozent der Einkommensbezieher an die 80 Prozent in den niedrigeren Einkommensklassen. Eine Umverteilung erfolgt bereits über die Einkommensteuer in einer umfassenden Weise.²

6. „Grüne Vermögensabgabe“ ist bürokratischer als behauptet

Die Bundestagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN stützt ihr Konzept einer „Grünen Vermögensabgabe“ auf ein DIW-Gutachten und argumentiert in ihrem Gesetzentwurf, dass die Abgabe zu Verwaltungskosten von lediglich 0,2 Prozent und zu privaten Befolgungskosten von 0,6 Prozent des Aufkommens führen würde. Das verkürzt die Ausführungen in dem von eben jener Fraktion beauftragten DIW-Gutachten. Darin hatte das DIW den gesamten Erhebungsaufwand der Abgabe auf 11,1 Prozent des Aufkommens beziffert. Die Fraktion hat in ihren Ausführungen zum Gesetzentwurf schlicht die hier entscheidende dritte Komponente des Erfüllungsaufwands nicht berücksichtigt. Das DIW geht nämlich davon aus, dass durch Gutachten für strittige Immobilienbewertungen Kosten und Abgabelastminderungen entstehen, die 10,3 Prozent des Aufkommens betragen.

7. Streitfall Altersvorsorgevermögen

Altersvorsorgevermögen in Form von Ansprüchen aus gesetzlichen Sozialversicherungen, Pensionszusagen und Versorgungswerken sollen nicht der „Grünen Vermögensabgabe“ unterliegen. Für sonstiges Altersvorsorgevermögen ist ein persönlicher Freibetrag von bis zu 380.000 Euro vorgesehen, wenn die jeweiligen Vermögensgegenstände der Altersvorsorge dienen und der Betreffende diese Zweckbestimmung „glaubhaft“ belegt. Diese ergänzende Freistellung mag für sich betrachtet sinnvoll erscheinen, sie dürfte jedoch in der Praxis schwierig anzuwenden sein. Wer aus freier Entscheidung mittels Sparguthaben, Aktiendepots oder Immobilien für den privaten Ruhestand vorsorgt, würde bei jeder Vermögensumschichtung riskieren, die Begünstigung als Altersvorsorgevermögen ganz oder teilweise zu verlieren. Damit drohen die Gefahr einer Verzerrung von Anlageentscheidungen aus Abgabeüberlegungen und eine Ausweitung von Kontrollnotwendigkeiten.

² Siehe hierzu *Stern*, V. (2011), S. 524.

8. Härtefallregelung für Betriebsvermögen steigert Bewertungsaufwand

Für die „Grüne Vermögensabgabe“ soll nur ein einziges Mal zu einem Stichtag in der Vergangenheit (laut Gesetzentwurf der 01.01.2012) Vermögen bewertet werden, während bei einer entsprechenden Steuer das Vermögen jedes Jahr erneut bewertet werden müsste.

Gleichzeitig ist vorgesehen, die Zahlung der „Grünen Vermögensabgabe“ auf betriebliches Vermögen zu stunden, wenn die Abgabe höher als 35 Prozent des betrieblichen Jahresertrags (vor Steuern) ausfallen würde. Diese Härtefallregelung begrenzt die Gefahr, dass aufgrund niedriger Gewinne in die Vermögenssubstanz eingegriffen werden muss, um die fällige Vermögensabgabe entrichten zu können.

Um aber aus Härtegründen eine Abgabenstundung zu erlangen, wäre es für Steuerpflichtige naheliegend, jedes Jahr erneut zu prüfen, ob der Jahresertrag in Relation zum Betriebsvermögen ausreichend klein ausgefallen ist. Das für die Bewertung vorgesehene „Vereinfachte Ertragswertverfahren“ geht zudem mit Aufwand und Streit anfälligkeit einher. Das dürfte in der Praxis insbesondere für die Berechnungskomponenten der Aufwendungen und Erträge aus nicht betriebsnotwendigem sowie aus jungem Vermögen und auch für die Bestimmung eines „angemessenen Unternehmerlohnes“ gelten.

Somit kann insgesamt die an sich begrüßenswerte Härtefallregelung zu einem regelmäßigen Bewertungsaufwand führen, was den im Vergleich zur Vermögensteuer grundsätzlich bestehenden Vorteil einer nur einmalig nötigen Vermögensbewertung entwertet.

9. Härtefallregelung verzerrt Renditeziele

Die Härtefallregelung der „Grünen Vermögensabgabe“ kann auch dazu führen, dass Unternehmen einen geringeren Jahresertrag anstreben, um so der Vermögensabgabe zu entgehen und dadurch den letztlich verbleibenden Gewinn zu erhöhen.

Sie kann aber auch dazu führen, dass bewusst ein höheres Renditerisiko eingegangen wird, damit die Anteilseigner die Vermögensabgabe aus einem dann höheren „Bruttogewinn“ bestreiten können und somit letztlich die Rendite nach Steuern und Vermögensabgabe nicht in einen wettbewerblich unattraktiven Bereich fällt. Zur Illustration sei vereinfachend unterstellt, dass betrieblicher Gewinn und Betriebsergebnis gemäß „Vereinfachtem Ertragswertverfahren“ identisch sind. Auf 100 Geldeinheiten Betriebsvermögen wären 1,5 Geldeinheiten Vermögensabgabe fällig.³ Bei einem Gewinn von beispielsweise 5 Geldeinheiten verblieben nach Abzug der Vermögensabgabe noch 3,5 Geldeinheiten, was abgabebedingt einem effektiven Gewinnrückgang um 30 Prozent entspricht. Wenn nun eine Vermögensabgabe gesetzlich eingeführt wird, aber weiterhin eine Effektivrendite von 5 Prozent erzielt werden soll, müsste der Gewinn von 5 (vor Einführung der Vermögensabgabe) auf 6,5 (vor Abzug der neu eingeführten Vermögensabgabe) Geldeinheiten steigen. Das Unternehmen müsste also seinen „Bruttogewinn“ um 30 Prozent (von 5 auf 6,5 Geldeinheiten) etwa durch Inkaufnahme eines größeren Unternehmerrisikos steigern, um nach Einführung einer Vermögensabgabe den gleichen Reingewinn wie vor Einführung einer Vermögensabgabe zu erzielen.

³ Es sei denn, der Gewinn liegt unterhalb von 4,3 Geldeinheiten, weil dann die Härtefallregelung greift.

Die Durchschnittsrendite auf Betriebsvermögen liegt nach Schätzungen hierzulande bei 4,2 Prozent.⁴ Gerade für solche Durchschnittsunternehmen mit von der Vermögensabgabe bedrohten Anteilseignern wäre es also rein aus Abgabegründen strategisch sinnvoll, den Gewinn entweder zu deckeln oder substanzielle Risiken einzugehen. Das kann politisch und gesellschaftlich kaum gewünscht sein.

10. Einmaligkeit der Abgabe ist unglaublich

Die „Grüne Vermögensabgabe“ sieht wie erwähnt vor, als Bemessungsgrundlage den Vermögenswert zu einem Stichtag in der Vergangenheit zu verwenden. Das ist insofern vorteilhaft, weil dann laufende Vermögensbildungsprozesse nicht unmittelbar beeinflusst werden. Der Fiskus würde lediglich einmalig auf in der Vergangenheit gebildetes Vermögen zugreifen. Der Betroffene hätte dann keinen unmittelbaren Anlass, seine Pläne zur weiteren Vermögensgestaltung zu verändern, während im Falle einer regelmäßigen Vermögensteuer Ausweichreaktionen plausibel sind. Diese Reaktionen könnten einerseits darin bestehen, dass der Betroffene zukünftig weniger spart und investiert bzw. gar den Wohnsitz wechselt, um seine Vermögensteuerlast zu senken bzw. einer Besteuerung gänzlich zu entgehen. Andererseits wären theoretisch auch verstärkte Sparanstrengungen denkbar, um ein bestehendes Vermögens- oder Vererbungsziel trotz einer neuen Steuer zu erreichen.

Gleichwohl müsste die „Grüne Vermögensabgabe“ in bis zu zehn Jahresraten aufgebracht werden, was das Spar- und Investitionspotenzial der Betroffenen senkt. Zudem hätten die tatsächlich und die potenziell Abgabepflichtigen gute Gründe zu erwarten, dass es bei einem einmaligen Zugriff des Fiskus nicht bleibt. Wer „heute“ die Staatsverschuldung und „morgen“ die „Energiewende“ als Abgabegrund erachtet, würde auch „übermorgen“ neue Notstände zur Legitimierung weiterer Zugriffe politisch definieren können. So ist denn auch im Konzept der GRÜNEN die einmalige Vermögensabgabe als Einstieg in die regelmäßige Vermögensbesteuerung vorgesehen.

Herausgeber:

Karl-Bräuer-Institut des Bundes der Steuerzahler e.V.
Französische Straße 9-12, 10117 Berlin
Tel: 030 / 25 93 96 32, Fax: -13
E-Mail: kbi@steuerzahler.de, Web: www.karl-braeuer-institut.de

Literatur

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) (2010): Aufkommens- und Verteilungswirkungen einer Grünen Vermögensabgabe, Politikberatung kompakt 59, Berlin.

Karl-Bräuer-Institut des Bundes der Steuerzahler e. V. (KBI) (2012): Zehn Argumente gegen die Vermögensteuer, KBI kompakt Nr. 12, Berlin.

Kirchhof, G. (2011): Vermögensabgaben aus verfassungsrechtlicher Sicht, in: *Steuern und Wirtschaft*, Jg. 2011, H. 2, S. 189-203.

Stern, V. (2011): Mittelschicht zwischen Abstiegsängsten und hoher Belastung, in: *Wirtschaftsdienst*, Jg. 2011, S. 521-525.

⁴ Siehe hierzu *DIW* (2010), S. 40.